

persönlich

Das Schweizer Kommunikationsmagazin für Entscheider/-innen und Meinungsführer/-innen

60 Jahre persönlich

JUBILÄUMSAUSGABE
Ausgabe 07 Juli 2024 **gfm**

www.persoentlich.com | CHF 17.50
07
9 771422 466019



Die Jubiläumsedition 60 Jahre «persönlich»

Albert Rösti: Murat Yakin der Medienpolitik? · Die «persönlich»-Story: Von Zürich nach Rapperwil und zurück · «persönlich»-Privat: Die Macherinnen und Macher · Umfrage: So denkt die Kommunikationswelt · 1964: Bewegtes Gründungsjahr



Dynamisch: der neue Medienminister Albert Rösti.

Albert Rösti

Macher im Bundeshaus Nord

Albert Rösti ist seit anderthalb Jahren im Bundesrat. In dieser kurzen Zeit hat der Energie-, Post-, Medien- und Verkehrsminister schon einiges bewirkt, wie beispielsweise die Senkung der SRG-Gebühren von 315 auf 300 Franken. Damit will er die SRG vor der «200 Franken sind genug»-Initiative retten. Ob es wohl reicht?

Interview: Matthias Ackeret Bild: Marc Wetli

Herr Bundesrat, Sie haben in der Landesregierung die Reduktion der SRG-Gebühren auf 300 Franken veranlasst. Wie waren die Reaktionen auf diesen Coup?

Die Reaktionen auf den 300-Franken-Entscheid des Bundesrats waren gemischt. Viele begrüßen die finanzielle Entlastung. Einigen geht sie zu wenig weit, anderen zu weit.

Der Bundesrat kann diese Gebührensenkung selber durchsetzen?

Ja, sowohl der Konzessionsinhalt wie auch die Gebührenhöhe liegen in der Kompetenz des Bundesrats. Die Gebührenanpassung wurde in einer Verordnung soeben beschlossen. Die Erarbeitung einer neuen Konzession erfolgt nach der Abstimmung über die 200-Franken-Initiative.

Die SRG stellte sich lange gegen diese Senkung. Wie hat sie nun auf den Röstibeschluss reagiert?

Wir hatten stets einen intensiven Austausch mit der SRG. Ich glaube schon, dass die SRG sieht, dass sie den Initianten der Halbierungsinitiative einen Schritt entgegenkommen muss. Gleichzeitig betont sie weiterhin die Wichtigkeit ausreichender Mittel für die Erfüllung ihres Service-public-Auftrags. Die SRG hat angekündigt, die Auswirkungen der Senkung sorgfältig zu analysieren und notwendige Sparmassnahmen zu planen.

Sie haben, im Gegensatz zur SRG-Spitze, immer wieder betont, dass Sie diese Initiative als gefährlich erachten.

Der Bundesrat lehnt diese Initiative ab, weil sie, wie der Name sagt, die Gebühren für die SRG halbiert und damit der heutige Leistungsumfang deutlich reduziert werden muss. Die SRG könnte bei einer Annahme die vier Sprachregionen und die verschiedenen Kulturen nicht mehr ausreichend bedienen. «Gefährlich» habe ich gesagt, weil die Chance einer Annahme doch sehr gross ist, sofern man die notwendigen Vorkehrungen wie das Gegenprojekt des Bundesrats unterlässt.

«Die Chance der Annahme der «200 Franken sind genug»-Initiative ist doch sehr gross.»

Woher stammt Ihre pessimistische Prognose?

Bei der Annahme der Initiative würde jeder Einzelne 135 Franken einsparen. Für eine so klar messbare Einsparung sagt man eher mal Ja. Umgekehrt war es beim CO₂-Gesetz, das für eine grosse Parlamentsmehrheit zwar unumstritten war. Als der Bevölkerung aber klar wurde, dass es zu einer Erhöhung des Benzinpreises kommen würde, wurde das Gesetz abgelehnt. Deswegen glaube ich auch, dass wir auf die Bevölkerung zugehen und ihr aufzeigen müssen, dass wir ihr Anliegen ernst nehmen. Deswegen habe ich eine Reduktion der Gebührengelder auf 300 Franken vorgeschlagen. Das ist zwar deutlich weniger, zeigt aber die Bereitschaft des

Bundesrats, den Initianten entgegenzukommen.

Bei der SRG-Spitze stiess Ihr Vorschlag wie erwähnt auf wenig Gegenliebe ...

Aus SRG-Perspektive verstehe ich das sogar, denn Einsparungen sind immer unangenehm. Aber es ist doch der Sinn einer Initiative, deren Inhalt im Vorfeld zu diskutieren und nach Lösungsvorschlägen zu suchen. Ich glaube, die SRG sollte gerade in Zeiten, in denen private Verlagshäuser mit finanziellen Problemen zu kämpfen haben, bei der Effizienzsteigerung auch einen Schritt nach vorne machen. Damit würde sie der Bevölkerung signalisieren, dass sie deren Bedürfnisse und Bedenken ernst nimmt. Eine Gebührensenkung, wie ich sie vorgeschlagen habe, könnte der richtige Weg sein. Bei Einsparungen müsste sich die SRG gemäss Bundesrat verstärkt auf ihren Auftrag fokussieren, der bei Information, Kultur und auch Bildung liegt. Das heisst überhaupt nicht, dass die SRG Sport und Unterhaltung abschaffen müsste. Trotzdem bin ich der Ansicht, dass dort Einsparungen möglich sind, da die Privaten in diesen Themenbereichen mittlerweile auch sehr viel bieten. Ich bin überzeugt, dass die Bevölkerung solche Anstrengungen, sofern sie erkennbar sind, auch goutieren würde.

Auch in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) stiessen Sie mit Ihrer Idee auf wenig Begeisterung.

Ja, das stimmt. In solchen Situationen – und



Albert Rösti in seinem Büro mit Matthias Ackeret.

das weiss ich aus eigener Erfahrung als Parlamentarier – will man einen Vorschlag meist nochmals überprüfen. Die Mitglieder der Kommission wollten vorerst eine Ausleageordnung über die Leistungen der SRG, auf einen konkreten Vorschlag verzichteten sie aber. Ich bin mir natürlich bewusst, dass das Parlament mit einem eigenen indirekten Gegenvorschlag die Verordnung des Bundesrats übersteuern kann. Dann müssten wir halt nochmals über die Bücher. Was ich keineswegs wagen würde, ist, ohne Gegenprojekt oder einen indirekten Gegenvorschlag in die Abstimmung zu gehen.

Kommen wir auf das «persönlich»-Jubiläum zu sprechen. Sie haben mir – und das hat mich gefreut – bereits als Nationalrat einmal geschrieben, dass Sie zu unseren Lesern gehören.

Ich war bereits früher, zu meiner Zeit als

Präsident des Verbands der Schweizer Milchproduzenten, Leser von «persönlich». Da wir uns mit vielen Marketingfragen auseinandersetzen mussten, hatten wir das Heft auch abonniert. «persönlich» hat mir Inputs und Anregungen für das Milchmarketing geliefert. Dieses nahm innerhalb unseres Verbands einen sehr hohen Stellenwert ein. Ich gehöre ja immer noch der Vordigitalgeneration an und schätze schöne Zeitschriften wie die Ihrige. Abgesehen vom Inhalt finde ich das Überformat wirklich toll.

Sie sind Energieminister, Verkehrsminister, Umweltminister, Postminister und auch Medienminister. Wie viel Prozent nimmt die letztgenannte Tätigkeit ein?

Das kann man nicht genau beziffern, aber die Kommunikation steht über allen anderen Bereichen. Der Medienminister ist also überall vertreten. Wir sind ein Infrastrukturdeparte-

Albert Rösti

Albert Rösti (* 7. August 1967 in Frutigen) studierte an der ETH Agronomie. Später promovierte er zum Thema «Auswirkungen der Agrarpolitik 2002 auf die Schweizer Landwirtschaft». Von 2016 bis 2020 war Rösti SVP-Präsident. Am 7. Dezember 2022 wurde er als Nachfolger von Ueli Maurer in den Bundesrat gewählt, am 1. Januar 2023 trat er sein Amt als Vorsteher des Eidgenössischen Departments für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) an. Rösti ist verheiratet, hat zwei erwachsene Kinder und lebt in Uetendorf bei Thun, wo er Gemeindepräsident war.

ment, was auch für die Medienpolitik zutrifft. Es geht auch hier darum, die richtigen Strukturen zu schaffen, um die Zukunft der Branche, die auch schon bessere Zeiten hatte, zu gewährleisten. Von allen Bereichen, die ich nun als Bundesrat verantworte, hatte ich von der Medienpolitik am wenigsten Kenntnis. Ausser einem Vorstoss zur Beibehaltung des SRF-Radiostudios in Bern habe ich mich nie gross mit Medienpolitik auseinandergesetzt. Ich habe mich aber schnell eingearbeitet und realisiert, dass Ihre Branche unter massivem wirtschaftlichem Druck steht. Nicht zuletzt, weil der Printanteil zurückgeht und die Onlinewerbung die finanziellen Erwartungen bei den meisten Verlagshäusern nicht erfüllen kann. Auch die «200 Franken sind genug»-Initiative beschäftigt mich stark, obwohl ich – und dazu stehe ich – als Parlamentarier in deren Lancierungskomitee war, weil ich dachte, dass die Diskussion, die jetzt angelaufen ist, sinnvoll ist.

Wie würden Sie das Ziel Ihrer Medienpolitik definieren?

Ziel der Medienpolitik sollte es sein, die Medienvielfalt trotz Rationalisierungs- und Zentralisierungsdruck zu erhalten.

«Der Schaden, der durch Werbeverbote entsteht, ist gross.»

Ihr Vorvorgänger Moritz Leuenberger hat sich einmal über die Medienunternehmer beklagt, da diese ständig neue Bedürfnisse anmeldeten ... Selbstverständlich lobbyieren die Medien und die SRG. Aber das ist normal und auch nicht besonders übertrieben, wenn ich beispielsweise an andere Branchen wie den Verkehrsbereich oder die Energiebranche denke.

Aber es hat sich schon einiges verändert in den letzten zehn, fünfzehn Jahren. Früher war viel weniger von staatlicher Unterstützung die Rede ...

Zweifellos. Die Verlagshäuser stehen wegen der sinkenden Auflagezahlen der Zeitungen unter massivem Druck. Gerade die jüngeren Leute wenden sich immer mehr den digitalen Medien zu, was für die Verlage eine gewaltige Herausforderung darstellt, da die gedruckte Presse immer noch die wichtigste Einnahmequelle eines Verlagshauses ist. Da sich die Jungen aber immer mehr in den elektronischen Medien bewegen, versiegt die Printwerbung allmählich. Erschwerend kommt hinzu, dass das Generieren von Einnahmen bei den elektronischen Medien viel schwieriger ist als bei der gedruckten Presse. Dies stellt die Verlage vor grosse Schwierigkeiten, deshalb kämpfen sie jetzt um öffentliche Gelder.

Was ist Ihre Meinung dazu? Die Bevölkerung hat vor zwei Jahren das Medienpaket abgelehnt, was meine Einflussmöglichkeiten stark einschränkt. Meine Grundhaltung ist die gleiche, ich glaube, die Medienförderung sollte auf das Notwendige für die Medienvielfalt beschränkt werden.



Rösli kämpft gegen den Wolf, für Windräder und eine abgespeckte SRG.

Wir haben momentan immer noch die indirekte Presseförderung von 50 Millionen Franken, die durch das Defizit, das der Post bei der Zeitungsverteilung entsteht, noch deutlich erhöht wird. Ich bin der Ansicht, dass diese Gelder erhalten werden sollten. Irgendwann wird sich die Frage stellen, wohin man diese Gelder umlenkt, sollte es die gedruckte Presse in zehn oder fünfzehn Jahren nur noch in geringem Ausmass geben.

Beim Medienkongress in Luzern wurde in der Elefantenrunde der Verleger der Ruf nach einem weiteren Massnahmenpaket laut. Ich glaube, diese Forderung ist im Bundesrat momentan aufgrund der finanzpolitischen Situation sehr schwierig. Das versuchte ich den Verlegern bei meinem Besuch in Luzern auch zu erklären. Da der Bund die Schuldenbremse einhalten muss, steht er finanzpolitisch unter massivem Druck. Es gibt aber schon noch etwas Spielraum, insbesondere wenn man die bestehenden Instrumente noch effizienter einsetzt, beispielsweise die Postzustellung. Es gibt auch noch andere Optimierungsmöglichkeiten zugunsten der Verleger. Aber höchstwahrscheinlich sind die Erwartungen grösser als das, was wir leisten können.

«Ich glaube, die Forderung nach Presseförderung ist im Bundesrat aufgrund der Finanzen sehr schwierig.»

Aber das Parlament kann ja auch noch mitreden ... Es gibt verschiedene parlamentarische Initiativen, wie diejenige von Nationalrätin Buliard-Marbach, die eine Erhöhung der indirekten Medienförderung fordert. Eine andere verlangt mehr Gelder für die elektronischen Medien. Das Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) sieht bei den Konzessionsgeldern für private Radio- und TV-Sender einen Abgabeanteil von 4 bis 6 Prozent vor. Neu soll dieser 6 bis 8 Prozent betragen. Der Entscheid liegt hier beim Parlament.

Wie ist Ihr Verhältnis zu den Medien? Für einen SVP-Vertreter kommen Sie erstaunlich gut weg ...

(Lacht.) Ich bin nicht unzufrieden. Trotzdem finde ich jeden Tag einen Artikel, der mir nicht gefällt. Das ist normal. Die Medien sind unabhängig, haben ihre eigene Funktion, und als Politiker sollte man dies auch richtig einordnen können.

Früher hiess es, der «Blick» habe die Politik in Bern bestimmt. Welche Medien sind heute die einflussreichsten? Aus meiner Warte haben die Tageszeitungen in der Politik immer noch eine grosse Bedeutung. Auch Sendungen wie die «Tagesschau» oder «10 vor 10» stossen auf grosse Beachtung und werden teilweise auch kontrovers diskutiert. In der Bevölkerung und insbesondere bei den Jungen findet die politische Meinungsbildung aber zu weiten Teilen unabhängig von den genannten Medien statt.

Sie haben in einem persoenlich.com-Interview in Luzern die Medienkonzentration kritisiert. Es ist offensichtlich, dass viele Zeitungen mittlerweile die gleichen Artikel publizieren. Liest man das «Thuner Tagblatt» oder den «Berner Oberländer», entspricht deren Berichterstattung, abgesehen von der Aufmachung oder einzelnen Berichten, derjenigen des «Tages-Anzeigers». Es zeigt sich aber, dass die Konzentration bei den grossen Verlagen auch Nischen für kleinere, wieder mehr regionale oder fachspezifische Formate eröffnet. Ich denke dabei an den «Nebelspalter», die «Weltwoche», die «Republik» oder «persönlich» und persoenlich.com sowie in meiner Region zum Beispiel an der «Frutigländer».

Nochmals zur Berichterstattung des «Berner Oberländers». Fühlen sich die Bewohner Ihrer Heimatgemeinde Kandersteg durch dessen Berichterstattung vertreten? Da kann ich nicht für alle reden. Ich stelle einfach fest, dass der «Frutigländer», der nicht zum Tamedia-Konzern gehört, für die Leute plötzlich einen ganz anderen Stellenwert besitzt. Dank der Medienkonzentration bekommen Medien ausserhalb der etablierten Verlagshäuser mehr Gewicht. Selbstverständlich müssen diese auch kämpfen, aber sie existieren immer noch oder wieder neu.

Wie erleben Sie die geplanten Werberestriktionen und Plakatverbote in grossen Städten wie Bern, Lausanne oder Zürich?

Ich bin gegen solche Verbote. Werbeverbote stellen einen massiven Einschnitt in die Wirtschaftsfreiheit dar. Leider bin ich mit dieser Ansicht momentan in der Minderheit. Ich habe bereits als Nationalrat gegen Werbeverbote gekämpft, da ich der Ansicht bin, dass man den Bürgerinnen und Bürgern keine Denkverbote aufzwingen kann und auch nicht darf.

Haben Sie geraucht? Nein. Aber generell: Der Schaden, der durch Werbeverbote entsteht, ist gross. Das Sponsoring für viele Grossveranstaltungen oder Open Airs wird eingeschränkt. Ich glaube, die Verbotskultur ist eine unglückliche Entwicklung zulasten einer freiheitlichen Gesellschaft. Man vergisst gerne, dass Marketing und Werbung Teil einer florierenden Wirtschaft sind. Würde beispielsweise Plakatwerbung in den grossen Städten verboten, würden die Werbegelder wohl noch stärker zu den ausländischen Techkonzernen fliessen.

Wie ist Ihre Meinung zum Leistungs-schutzrecht? Das ist zweifelsohne eine Gratwanderung. Trotzdem bin ich der Ansicht, dass auch hier ein gewisses Minimum von Urheberrechten eingehalten werden muss. Wollen wir den Qualitätsjournalismus aufrechterhalten, muss ein gut geschriebener Text auch honoriert und nicht einfach kostenlos dupliziert werden können. Es kommt jetzt auf die Ausgestaltung des Gesetzes an. Ich habe mich jedenfalls aus diesen Überlegungen im Bundesrat nicht dagegengestellt. Letztlich ist es eine Qualitätsfrage.

Sie haben derzeit einen guten Lauf. Die Annahme der Energievorlage war ein absoluter Triumph für Sie. Was empfindet man, wenn eine so wichtige Abstimmung im Sinne der eigenen Wünsche ausgeht? Sicherlich Genugtuung. Vor allem freue ich mich, dass damit eine Vorlage durchkommt, die einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leistet und für die ich mich bereits als Nationalrat eingesetzt habe. Nach dem Ausstieg aus der Kernenergie war mir bereits 2017 klar, dass es einen Plan B geben muss, um eine sichere Stromversorgung weiterhin zu gewährleisten. Dieser Plan B tritt nun in Kraft. Als Energieminister bin ich in der Ver-

antwortung, diese Rahmenbedingungen zu schaffen.

Aber es ist ja für Sie schon ein Triumph, da Sie sich gegen die Mehrheit Ihrer Partei durchsetzen mussten.

Das Wort Triumph ist zu hoch gegriffen, aber es ist zweifellos ein gutes Resultat. Es freut mich, dass das Stimmvolk dem Bundesrat gefolgt ist. Ich bin mir selbstverständlich bewusst, dass es noch sehr viele Schritte braucht, bis die Stromversorgung zufriedenstellend gesichert ist. Deswegen freue ich mich auch über das Ergebnis der Abstimmung, aber mit Demut, da ich weiss, dass es bereits bei der nächsten Abstimmung anders kommen kann.

Es war der SVP-Klassiker, die Partei gegen den eigenen Bundesrat. Müssen die Verlierer jetzt ihre Wunden lecken?

Keineswegs. In unserer Partei braucht niemand Wunden lecken. Es ist auch nicht so, dass die ganze Partei anderer Meinung gewesen wäre, im Gegenteil. Ein Grossteil der Partei und der Fraktion war auf der Seite der Befürworter.

Wie wird sich die Schweiz nach dieser Abstimmung verändern?

Die Schweiz wird sich nicht massiv verändern. Diese Aussage habe ich bereits im Abstimmungskampf gemacht und auch nach der Abstimmung mit dem Bundesamt für Energie nochmals diskutiert. Die Schweiz wird auch künftig nicht mit Solar- und Windanlagen zugepflastert werden. Ich hoffe, dass wir zur Stabilisierung der Stromversorgung im Winter am Ende neben 16 Wasserkraftprojekten etwa 200 Wind- und einige alpine Solaranlagen erstellen können.

Nur so wenige Anlagen?

Es wird wohl in absehbarer Zeit nicht mehr Anlagen geben, weil diese zuerst von den Gemeinden durchgewunken werden müssen. Dabei werden erfahrungsgemäss ca. 60 Prozent der Projekte bewilligt, der Rest abgelehnt. Gerade am 9. Juni genehmigten die Bewohner von Saint-Imier einen Solarpark, während Saanen kürzlich ein überarbeitetes Projekt zum zweiten Mal ablehnte.

Die Gemeindeautonomie wird nicht aufgehoben ...

Nein, weder nach dem Gesetz noch in der



Der gebürtige Kandersteger vor dem Bundeshaus in Bern.

Praxis. Während des ganzen Abstimmungskampfs habe ich immer wieder betont, dass künftig keine Anlagen gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung oder des Kantons erstellt werden. Das Stromgesetz hat die Verfahren in den Gemeinden und den Kantonen nicht angetastet. Im Beschleunigungserlass werden wir auch festhalten, dass die Gemeinden eine Mitsprache haben.

Verschiedentlich wird spekuliert, dass Sie sich schon bald wieder für die Weiterführung der Atomenergie einsetzen werden ...

Wichtig ist zu wissen, dass das aktuelle Stromgesetz keine neuen Kernkraftwerke ermöglicht. 2017 hat sich die Bevölkerung gegen den Bau solcher entschieden, und dies gilt es zu berücksichtigen – inklusive zeitlicher Realitäten, die sich daraus und für den Bau neuer Kraftwerke ergeben würden. Der Bundesrat muss sich jetzt dann aber mit der Blackout-Initiative auseinandersetzen, die eine sichere Energieversorgung mit Einbezug der Kernenergie fordert. Für mich war es jetzt einmal wichtig, dass wir sofort mehr Strom bekommen und dank dem neuen Gesetz eine stabilere Energieversorgung über die nächsten paar Jahre möglich ist. Wir wissen aber nicht, was zwischen 2030 und 2050 passiert. Die Dekarbonisierung, also die Abkehr von fossilen Brennstoffen, benötigt sehr viel Energie. Ich habe immer gesagt, dass ich technologieoffen bin, momentan passiert im Energiesektor sehr viel.

Gemäss den CH-Media-Zeitungen sind Sie jetzt der «starke Mann im Bundesrat». Das ist doch sehr schön ...

(Lacht.) Es ist sicher schöner, wenn man solche Schlagzeilen liest als andere. Aber ich habe nicht den Eindruck, dass meine Kolleginnen und Kollegen keine starken Persönlichkeiten wären. Ich bewerte einen einzelnen Abstimmungserfolg auch nicht übermässig. Jedes Geschäft muss immer wieder von vorne erkämpft werden. Und als Bundesrat startet man jeden Tag wieder neu.

Ist das so?

Ich habe es schon früher so gehalten: Wenn man Erfolg hat, darf man diesen feiern. Aber im Hinterkopf muss man immer wissen, dass das nächste Geschäft vollkommen anders laufen kann. So funktioniert Politik. Langfristig verliert man in der Politik mehr als

umgekehrt. Gerade bei einem Abstimmungserfolg sollte man sich dies vor Augen führen.

Gilt das auch für Sie?

Klar, ich wurde weder in den Ständerat noch in den Berner Regierungsrat gewählt. Solche Niederlagen muss man ertragen.

Ich habe einige Bundesräte im Amt erlebt, und Sie sind – und das ist als «Kompliment» gedacht – der normalste.

Ich bin froh, dass Sie dies sagen. Für mich ist es wichtig, dass mich meine neue Tätigkeit nicht verändert. Ich hoffe, die Menschen um mich herum weisen mich auch darauf hin, sollte sich dies ändern. Dazu kommt, dass ein Bundesrat nicht einfach durchregieren kann. Volk und Parlament stehen über ihm.

«Ich bin in Kandersteg in einfachen Verhältnissen aufgewachsen. Dieses Gefühl prägt einen ein Leben lang.»

Ja, faktisch bleibt ein Bundesrat aber ein Bundesrat. Hören Sie diese Aussage das erste Mal?

Nein. Manchmal sagen meine Mitarbeiter: «Du bist jetzt Bundesrat, du brauchst dich nicht operativ um jedes Geschäft zu kümmern.» Der häufigste Ratschlag, den ich nach meiner Wahl gehört habe: «Bleib, wie du bist.» Ehrlich gesagt, ich kann auch nicht anders, ich bin ja in meiner Haut gefangen.

Warum?

Ich bin in Kandersteg in einfachen Verhältnissen aufgewachsen. Dieses Gefühl prägt einen ein Leben lang.

Wenn Sie Ihre Mutter besuchen, sind Sie der Albert oder der Bundesrat?

Der Sohn. Das gilt auch bei meinen Geschwistern. Jeder muss am Ende seine Funktion im Leben erfüllen. Ich will mein Licht jetzt aber keineswegs unter den Scheffel stellen. Selbstverständlich gibt es Momente, in denen man stolz ist auf das Erreichte. Das Parlament hat mir eine Verantwortung übertragen, die man angenommen und auch zu erfüllen hat. Beispielsweise die Verhinderung einer Strom-

mangellage. Würde diese eintreten, wäre dies für das ganze Land, die Bevölkerung und die Wirtschaft verheerend. Meine Aufgabe ist es, Vorkehrungen dagegen zu treffen.

Interessant, vor einigen Jahren war Strom-mangel überhaupt kein Thema ...

Da muss ich widersprechen. Ich habe bereits 2017, als ich noch Parteipräsident der SVP war, darauf hingewiesen, dass der Ausstieg aus der Atomenergie, die 40 Prozent der Stromversorgung sicherstellt, und die damals beabsichtigte Halbierung der fossilen Brennstoffe verheerende Folgen haben können. Ich führte ja auch das Referendumskomitee an. Ich habe damals, wie wohl die meisten Menschen, nicht damit gerechnet, dass man sieben Jahre später über eine Mangellage diskutiert.

Dieser Entscheid wurde massgeblich in dem Büro gefällt, in dem wir nun sitzen.

Das stimmt, aber fairerweise muss man hervorheben, dass die Ausgangslage auch eine andere war. Damals gab es noch keinen Krieg in der Ukraine. Man konnte sich auch nicht vorstellen, dass irgendwann Russland als Energielieferant von Deutschland in Frage gestellt würde. Das hat auch mit Blick auf die Schweizer Importmöglichkeiten Konsequenzen. Im Unterschied zu heute hat man damals zum Teil auch noch auf die fossilen Energien gesetzt und hatte kein Netto-null-Ziel.

Wie haben Sie eigentlich die Berset-Ringier-Affäre erlebt?

Ich war von der ganzen Affäre nie selbst betroffen, da ich später Bundesrat wurde. Die Geschichte hat insofern eine bereinigende Wirkung, als sie aufzeigt, dass eine Minimal-

distanz zwischen Medien und Bundesrat wichtig ist. Was aber nicht immer ganz leicht ist, da in der Schweiz praktisch jeder jeden kennt. Trotzdem sollten gewisse Schranken eingehalten werden. Fairerweise muss man auch sagen, dass während der Pandemie eine Ausnahmesituation herrschte und die Schweiz es rückblickend gar nicht so schlecht machte. Vor allem, wenn man sieht, wie schnell die Schweizer Wirtschaft nach Corona wieder Tritt fasste.

«Ich habe bereits 2007, als ich noch SVP-Präsident war, darauf hingewiesen, dass der Ausstieg aus der Atomenergie verheerend seinkönnte.»

Mögen Sie sich erinnern, wann Sie das erste Mal in den Medien erwähnt wurden?

Ja, das weiss ich sogar noch sehr gut. Ich arbeitete damals als Generalsekretär bei der Berner Volkswirtschaftsdirektion und wechselte später zum Schweizer Milchverband. Da tauchte ich plötzlich mit Foto als möglicher Regierungsratskandidat in der «Berner Zeitung» auf.

Hatten Sie dies gesteuert?
Überhaupt nicht. Aber es hat mich gefreut, da ich damals noch keine politische Funktion hatte und realisierte, dass man mir etwas zutraute.

Kandersteg hat nun mit Adolf Ogi und Ihnen plötzlich zwei Bundesräte.

Das ist für ein kleines Dorf schon etwas speziell, aber wohl Zufall. Kandersteg mit 1200 Einwohnern war immer stolz, dass es einen eigenen Bundesrat hat. Ich mag mich noch gut erinnern, als Adolf Ogi 1987 in den Bundesrat gewählt wurde. Wir sassen in einem Restaurant und haben am Fernseher mitgefiebert. Später, als er Bundespräsident wurde, durfte ich als Jugendlicher bei der Feier in der Musikgesellschaft mittrommeln. Ogi war in seinem Auftritt und seiner Rhetorik immer ein Vorbild für mich, politisch geprägt wurde ich aber vor allem auch in meinem Elternhaus.

Inwiefern?
Mein Vater war Bauer und wäre gerne in die Politik gegangen. Aber im Sommer brachte er jeweils zehn, zwölf Wochen auf der Alp. Da es noch keine richtigen Strassen gab, konnte er am Abend auch nicht zurück und hatte deswegen gar keine Zeit für ein politisches Amt. War er zu Hause, schaute er immer die «Tagesschau» oder hörte die Halb-ein-Uhr-Nachrichten, um anschliessend die Schweizer Politik und die Weltlage zu kommentieren. Das hat mich sehr stark sensibilisiert.

Dann haben Sie Ihre Karriere auch für ihn gemacht ...
Eher für die Sache, aber er hat mir dazu durch seine Erziehung viel mitgegeben, wo für ich ihm bis heute dankbar bin. 